

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek Nein! zur Politik - Ja zur Hilfe!

Mitglied im Dachverband
Initiativen
für erfolgreiche
Integration
Hamburg



Hamburg, den 08.04.2016

Newsletter 8/2016

Liebe Unterstützer der Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek,

wir brauchen **Euch** für unsere **große Unterschriftensammlung** im Rahmen des **Bürgerbegehrens im Bezirk Harburg ab dem 09.04.2016**, um zu zeigen, dass Großunterkünfte von den Bürgern des Bezirkes Harburg abgelehnt werden.

- Helft mit, ein Statement für unseren Stadtteil abzugeben!
- Helft dem Orga-Team bei der Sammlung der Unterschriften!
- Sammelt Unterschriften bei Freunden und Bekannten im Bezirk Harburg und informiert alle über diese Aktion!

Hinweis: Diese Anfrage richtet sich an Privatpersonen und nicht an Organisationen wie z.B. Parteien

Mobilisierung Bürgerbegehren Bezirk Harburg ab dem 09.04.2016

Die Initiatoren des Bürgerbegehrens aus der Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek haben heute im Bezirksamt ein Bürgerbegehren unter dem Motto „Harburg für gute Integration“ angemeldet. In dieser Vorstufe eines Bürgerentscheides müssen innerhalb von 6 Monaten 3.600 Unterschriften im Bezirk Harburg gesammelt werden. Bereits bei Abgabe von 1.200 Unterschriften, und nach 10-tägiger Prüffrist durch das Bezirksamt, tritt eine Sperrfrist ein, bei der die Bezirksorgane 3 Monate lang keine

dem Bürgerbegehren entgegenstehende Entscheidung treffen dürfen. Die Bürgerinitiative hofft, die Abgabe des ersten Drittels der Stimmen bereits in der kommenden Woche vornehmen zu können.

Es gilt also dieses Wochenende so viel zu sammeln wie möglich!

Das Ziel des Bürgerentscheides ist:

Mit dem Bürgerbegehren soll aus Respekt vor dem laufenden Volksgesetzgebungsverfahren "Hamburg für gute Integration" sichergestellt werden, dass bis zur Durchführung des Volksentscheides (oder bis zur einvernehmlichen Beendigung des Volksgesetzgebungsverfahrens) seitens der Verwaltung keine gegenläufigen Maßnahmen oder Entscheidungen getroffen bzw. vollzogen werden. Da ein laufendes Volksabstimmungsverfahren keine Sperrwirkung entfaltet, ist die parallele Durchführung des Bürgerbegehrens erforderlich, um zu vermeiden, dass der Freien und Hansestadt Hamburg im Falle der erfolgreichen Durchführung des Volksentscheides Rückbaukosten und/oder Schadensersatzforderungen zur Last fallen. Im Ergebnis zielt das Bürgerbegehren auf ein Moratorium, um das Volksgesetzgebungsverfahren in geordneten Bahnen durchführen zu können.

Dabei soll gefordert werden:

Sind Sie dafür, dass die Bezirksorgane des Bezirkes Harburg bis zum Abschluss des Volksgesetzgebungsverfahrens "Hamburg für gute Integration"

- keine in ihre Zuständigkeit fallenden Maßnahmen oder Entscheidungen treffen,
- keine in ihrem Ermessen stehenden Genehmigungen erteilen, die der Vorlage der Volksinitiative "Hamburg für gute Integration" entgegenstehen, und
- mit dem Vollzug solcher Maßnahmen, Entscheidungen oder Genehmigungen nicht beginnen und diese nicht fortsetzen?

Dieses bedeutet konkret:

- Betroffen sind 700 Plätze im Baufeld 2 der Folgeunterbringung Am Aschenland II in Neugraben-Fischbek, für das dann ein Baumoratorium gilt, sowie Unterbringungskapazitäten von 75 Plätzen in Unterkünften in Sinstorf und Neuenfelde.
- Unberührt davon bleiben die bereits genehmigten Unterkünfte in Baufeld 1 der geplanten Folgeunterkunft Am Aschenland II, wo gerade 700 zusätzliche Plätze in Neugraben-Fischbek entstehen, sowie die geplanten Flächen Rönneburger Stieg und Elfenwiese, die mit geplanten 300 Plätzen und entsprechendem Abstand zwischen den Unterkünften den Kriterien entsprechen.

Diese Initiative zielt also auf einen Verzicht auf das Baufeld 2 der Folgeunterkunft Am Aschenland II aus. Es verbleiben 2.100 Unterkunftsplätze für Flüchtlinge in Neugraben-Fischbek, davon 1.350 in Folgeunterkünften. Damit wäre eine Begrenzung auf maximal 1.500 Plätze in Folgeunterkünften erreichbar.

Wir erwarten trotz der Ablehnung des Bürgerbegehrens im Bezirk Nord ein positives Ergebnis der Prüfung in Harburg. Daher startet die Sammlung mit voller Kraft.

EURE HILFE:

Wir brauchen **Eure** Unterschriften und **Mithilfe** zur Sammlung der Unterschriften.

Regeln für die Unterschrift:

- Die unterschreibende Person muss für die Bezirksversammlung Harburg wahlberechtigt sein.
- Die unterschreibende Person muss seit mind. 3 Monaten im Bezirk Harburg gemeldet sein.
- Es müssen Geburtsjahr und Meldeadresse angegeben sowie eine Unterschrift geleistet werden.
- Doppelte Unterschriften werden gestrichen und sind somit ungültig.

Örtlichkeiten zur Direktabgabe der Unterschriften:

- Stand in der **Marktpassage Neugraben** am **09.04.2016** von 9:00-13:00 Uhr
- Öffentliche Versammlung der BINF im **Schützenheim Neugraben** am **10.04.2016** von 17:00 bis 20:00 Uhr
- BINF-Tisch im **Gasthaus Zur Börse** am **13.04.2016** von 18:00 bis 20:00 Uhr
- Weitere Termine auf unserer Homepage oder in den sozialen Medien

Im Anhang findet Ihr das Formular zum Ausdrucken sowie eine Erläuterung und Antworten zu wichtigen Fragen. Lasst darauf alle Eure Freunde und Nachbarn unterschreiben (Achtung: Regeln beachten)! Ihr bekommt von uns Listen gestellt, diese können an den genannten Örtlichkeiten abgeholt werden. Die Listen stehen auch auf unserer Homepage unter <http://binf-online.jimdo.com/bürgerbegehren/> zum Download bereit.

Schreibt uns unter mitmachen@binf-online.de.

Verfolgt die weitere Entwicklung auf unserer Webseite, auf Facebook und Twitter.

Euer BINF-Orga Team

Email: mitmachen@binf-online.de

Web: www.binf-online.de

Facebook: Bürgerinitiative Neugraben Fischbek NEIN! zur Politik - JA zur Hilfe!

Twitter: BI NeugrabenFischbek

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe! wurde im Anschluss an eine Informationsveranstaltung zur geplanten Großunterkunft in Neugraben Fischbek am 23.09.2015 gegründet. Die Bürgerinitiative hat eine machbare und nachhaltige Integration zum Ziel und lehnt Großunterkünfte als nicht integrierbar ab. Die Bürgerinitiative fordert eine Höchstgrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek und bietet damit gegenüber den Planungen für Gesamt-Hamburg eine fast doppelt so hohe Integrationsleistung an. Die Bürgerinitiative hat einen Vorschlag für eine faire Verteilung auf alle Stadtteile vorgelegt.